



**DEMOKRATIEFEINDLICHKEIT UNTER DEM DECKMANTEL
DES GESUNDHEITSSCHUTZES**

DIE GROKO WILL GRUNDRECHTE ABSCHAFFEN!

NICHT MIT UNS!

Diese Grundrechte sind in Gefahr:

- die körperliche Unversehrtheit
- die Freiheit der Berufsausübung
- die Reise- und Bewegungsfreiheit
- die Unverletzlichkeit der Wohnung
- die Religionsfreiheit und viele weitere

Die Regierungskoalition von CDU, CSU und SPD will mit dem „Dritten Bevölkerungsschutzgesetz“ weitere drastische Grundrechtseinschränkungen durchsetzen. Verfassungsrechtler, Bürger und Opposition laufen Sturm gegen die schwersten Grundrechtseingriffe in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.



Ewige Pandemie?

Obwohl im eingebrachten Gesetzentwurf zahlreiche Eingriffe in die Grundrechte angekündigt werden, sind deren Umfang nicht im Detail, sondern nur allgemein beschrieben, wie die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag feststellt. Erste Entwürfe sahen noch nicht einmal eine Befristung der Einschränkungen vor. Auch die renommierten Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages kritisieren dies: „Regelungen zur Berichtspflicht der Bundesregierung, Evaluierung und Befristung der Maßnahmen sind nicht vorgesehen.“

Parlamente vergessen?

Bereits die ersten beiden „Bevölkerungsschutzgesetze“ führten zu erheblichen Grundrechtseinschränkungen, wobei die Parlamente den Entscheidungen häufig nur als Zaungäste beiwohnen durften. Mit dem neuen Gesetz wird sich das voraussichtlich nicht ändern.

Auslegung nach Bedarf?

Die Bundesregierung begründet die Gesetzesinitiative mit dem Vorliegen einer „epidemischen Lage von nationaler Tragweite“, die aber im Gesetz nicht eindeutig definiert wird. Offenbar wollen Gesundheitsminister Spahn und Bundeskanzlerin Merkel diese „Rechtsgrundlage“ flexibel und nach Bedarf auslegen.

Das will die AfD-Fraktion:

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag lehnt das Gesetz der Koalition ab. Wir haben bereits von Anfang an eine zeitliche Beschränkung der Maßnahmen gefordert. Zurecht, denn die „epidemische Lage nationaler Tragweite“ (BT-Drs. 19/18999 und 19/22547) muss aufgehoben werden – die Voraussetzungen sind nicht gegeben. Wir fordern eine ständige Epidemiekommision (STEPKO) aus Experten, die Handlungsempfehlungen für Parlament und Regierung erarbeitet.

Weitreichende Grundrechtseingriffe bedürfen einer Änderung des Grundgesetzes mit Zweidrittelmehrheit. Sie können nicht mit einem einfachen Gesetz legitimiert werden, das eine unklare Rechtsgrundlage schafft und die Behörden zu unbefristeten Grundrechtsverletzungen ermächtigt.

Für die AfD-Fraktion gilt: Unsere Demokratie ist nicht verhandelbar!



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteierwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.